

11

83

# Union in Deutschland

Bonn, den 17. März 1983

## Zügige Regierungsbildung

# Ausgewogene Politik der Mitte

Der Wahlsieg der CDU in Schleswig-Holstein ist ein persönlicher Erfolg für Ministerpräsident Uwe Barschel und eine eindrucksvolle Bestätigung der Politik der CDU im Land und im Bund, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Präsidium in Bonn (14. März 1983). Aufbauend auf den Leistungen seiner Vorgänger Friedrich-Wilhelm Lübke, Kai-Uwe von Hassel, Helmut Lemke und Gerhard Stoltenberg hat Uwe Barschel schon nach kurzer Amtszeit das Vertrauen seiner Landsleute gewonnen.

Daß die Bürger der Union im Bund, in sieben von elf Ländern und in der Mehrzahl der Städte und Gemeinden die Regierungsverantwortung übertragen haben, verpflichtet uns zu besonderen Anstrengungen. Dieses Vertrauen unserer Mitbürger ist keine Belohnung für politisches Wohlverhalten. Es ist geknüpft an die Erwartung, daß die CDU die Probleme unserer Tage mit einer ausgewogenen Politik der Mitte meistert. Daß sie auf radikale Patentrezepte verzichtet und sich auf das besinnt, was unser Land groß gemacht hat: der Fleiß und die Tüchtigkeit seiner Bürger, der Einfallreichum seiner Arbeiter und Wissenschaftler, die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, mit neuen

(Fortsetzung Seite 2)

## INFORMATIONEN

Fahrplan bis zur Kanzlerwahl / CDU und FDP in Berlin einig über Koalition / Hessische CDU bekräftigt Forderung nach baldigen Wahlen / Genscher will in den Ländern nur noch Bündnisse mit der CDU. Seite 2—4

## ANALYSE

Herausragender Wahlerfolg für die Union am 6. März. Seite 5

## RHEINLAND-PFALZ

SPD verlor auch in den Hochburgen Wählerstimmen. Seite 12

## SPD

Nach der Wahlschlappe sind alte Richtungskämpfe wieder ausgebrochen. Seite 13

## GRÜNE

Aushöhlung der Demokratie durch Geheimnisverrat? Seite 15

## DOKUMENTATION

Wahlergebnisse von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. grüner Teil

## Fahrplan bis zur Kanzlerwahl

Die vorläufige Terminplanung bis zur Kanzlerwahl sieht wie folgt aus:

**Ab 17. März 1983** Koalitionsverhandlungen mit der FDP

**23. und 24. März 1983** Sitzungen des Vorstandes und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**28. März 1983** Sitzung der Bundestagsfraktion

**29. März 1983** vormittags Konstituierung des Bundestages und Wahl des Bundestagspräsidiums  
nachmittags Wahl des Bundeskanzlers

**30. März 1983** Vereidigung des Bundeskabinetts

Die Abgabe der Regierungserklärung ist für die erste Parlamentswoche nach den Osterferien, ab **25. April 1983**, vorgesehen.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

Herausforderungen und Schwierigkeiten fertigzuwerden.

Die CDU hat sich nicht gescheut, unangenehme, aber notwendige Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes schon vor den Wahlen einzuleiten. Sie sieht in den Wahlerfolgen die Zustimmung der Bürger zu dieser Politik verantwortungsbewußter Sparsamkeit. Darauf gestützt wird die CDU den Aufschwung fördern und eine dauerhafte Gesundung unserer Wirtschaft anstreben. Die Wahlergebnisse der vergangenen beiden Sonntage beweisen, daß die Mehrzahl der Deutschen Partnerschaft will statt Klassenkampf, realistische Friedenspolitik statt neutralistischer Träumereien, wirtschaftlichen Aufschwung statt rotgrüner Experimente.

**Generalsekretär Heiner Geißler stellte fest:** Das Vertrauen der Bürger in Schleswig-Holstein zur CDU und das überwältigende Wahlergebnis zugunsten der CDU am 6. März müssen von CDU und CSU auch als Auftrag verstanden werden, mit der FDP rasch zu einer Koalitionsvereinbarung zu kommen und noch in diesem Monat die neue Regierung zu bilden.

Dies erwarten vor allem die Millionen von Arbeitern und Angestellten, aber auch die mittelständischen Unternehmer, die der CDU ihr Vertrauen deswegen ausgesprochen haben, damit sie die Wirtschaftskrise überwindet und durch eine zügige Regierungsbildung den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung verstärkt. Langwierige Koalitionsverhandlungen könnten sich nur störend auf die beginnende konjunkturelle Entwicklung auswirken.

In Schleswig-Holstein ist das Konzept der Volkspartei CDU bestätigt worden, die nach dem Krieg angetreten ist, die Spaltung der Gesellschaft in einzelne Gruppen, in evangelische und katholische Christen, in Arbeitnehmer und Unternehmer, zu überwinden. Insbesondere die Gewinne der CDU in Gebieten mit einem hohen Arbeiteranteil, zum Beispiel in Kiel, Lübeck und Neumünster, weisen die CDU als die moderne Arbeitnehmerpartei aus.

Die Klassenkampfpaparen der SPD im Bundestagswahlkampf wie auch in Landtagswahlkämpfen, die den Bürger warnen sollten vor „einer konservativen Mehrheit“ oder davor, daß die Bundesrepublik Deutschland „nicht nach rechts abkippen dürfe“, sind beim Wähler auf Unverständnis gestoßen und beweisen, daß die Sozialdemokraten die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben.

Beide Wahlen haben gezeigt, daß die Wähler sich zu Recht nicht nach Ideologien des letzten Jahrhunderts orientieren, sondern nach der Leistungsfähigkeit und Kompetenz einer politischen Partei.

## INFORMATION

### CDU und FDP Berlins einig über Koalition

Berlin wird künftig von einer CDU/FDP-Koalition regiert. Die beiden Parteien haben ihre Koalitionsverhandlungen abgeschlossen und die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Umbildung des Senats geschaffen. Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) kündigte an, daß er dem Abgeordnetenhaus die von der FDP nominierten Senatoren-Kandidaten Hermann Oxfort und Horst Vetter zur Wahl vorschlagen werde. Der Landesparteitag der FDP hat das Ergebnis der Verhandlungen Anfang der Woche mit 152 zu 89 Stimmen gebilligt. Die CDU-Fraktion hatte zuvor einstimmig die Vereinbarung angenommen.

Danach sollen Vetter die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz und Oxfort wieder das Justizressort übernehmen, das er bereits während der früheren Koalition mit der SPD innehatte.

Weizsäcker betonte, es sei der wesentliche Sinn der Vereinbarung, längerfristige Stabilität zur Fortsetzung des eingeleiteten Kurses zu schaffen. Dies gelte eindeutig auch „für die Zeit nach 1985“.

### Die hessische CDU bekräftigt Forderung nach baldigen Wahlen

Die hessische CDU-Landtagsfraktion hat nach einer Klausurtagung in Wiesbaden ihre Forderung nach sofortigen Landtagswahlen bekräftigt. In einer Verlautbarung des Landesvorsitzenden Walter Wallmann heißt es, die Verschiebung der Wahl auf den von der SPD vorgeschlagenen

Herbsttermin 25. September sei eine „Fortsetzung des absurden Theaters“, das Ministerpräsident Börner seit der Hessenwahl im vergangenen Jahr aufführe. Nachdem er sich zunächst voreilig gegen vorgezogene Wahlen ausgesprochen habe, dann sein „Flirt mit den Grünen“ unentschieden geblieben sei und schließlich die Wähler am 6. März der SPD wieder Verluste zugefügt hätten, versuche Börner nunmehr, sich auf dem Wege einer Verzögerung des Wahltermins ein weiteres halbes Jahr „geschäftsführende Ministerpräsidentschaft zu ersitzen“. Die CDU kündigte an, daß sie den von der geschäftsführenden Landesregierung eingebrachten Haushalt in der entscheidenden zweiten Lesung im Parlament am 23. März ablehnen werde, da die SPD alle Gesprächsangebote der CDU ausgeschlagen habe.

### Genscher will in den Ländern nur noch Bündnisse mit der CDU

In der Bonner FDP-Führung hat das sehr schlechte Ergebnis der Freien Demokraten bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein aus zwei Gründen nicht überrascht: Erstens war es den Wählern, wie es in der Umgebung des Bundesvorsitzenden Genscher heißt, unzumutbar, nur sieben Tage nach der Bundestagswahl und nach einem FDP-Wahlkampf für die Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU in Schleswig-Holstein eine FDP zu wählen, die eine Landeskoalition mit der SPD bilden wollte. Zweitens hatte die FDP in Schleswig-Holstein auch schon am 6. März bei der Bundestagswahl besonders schlecht abgeschnitten.

Genscher will — wie die „Hannoversche Allgemeine“ berichtet — den gegenwärtigen Zustand der FDP in den Bundesländern vor allem dadurch verbessern, daß sich die Partei klarer als bisher und ohne Ausnahme für Landeskoalitionen mit der

CDU ausspricht, so vor allem in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg, aber auch bei der Landtagswahl in Hessen und am 25. September bei der Bürgerschaftswahl in Bremen.

Die FDP ist in sechs von elf Landesparlamenten nicht mehr vertreten: in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

## Rotgrünes Aktionsbündnis in Hamburg

Zu den von der Hamburger SPD und der sogenannten Grün-Alternativen Liste gemeinsam erhobenen Forderung, eine volle Gleichberechtigung von Wehr- und Ersatzdienst herzustellen, erklärt der Sprecher für Arbeit und Soziales der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Klaus Hartmann: Wenige Tage nach der Wahl, bei der die Wähler einem rotgrünen Bündnis eine vernichtende Absage erteilt haben, wurde in Hamburg eine Aktions-einheit zwischen SPD und den Grünen demonstriert, die einen eindeutigen Angriff auf verfassungsrechtliche Grundsätze zum Ziel hat.

Die SPD stimmte einem Antrag der Grün-Alternativen Liste zu, in dem eine volle Gleichberechtigung von Wehr- und Ersatzdienst gefordert wird. Zugleich wurde mit den Stimmen der beiden neuen Bundesgenossen der Hamburger Senat aufgefodert, der von Bremen angekündigten Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz beizutreten.

## Offenlegung in Ost und West

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, erklärte zur Frage der Offenlegung der Standorte der landgestützten Mittelstreckenwaffen, diese Offenlegung aller Standorte müßte für Ost und West gelten und wäre dann eine vertrauensbil-

dende Maßnahme ersten Ranges. Die deutsche Abrüstungspolitik werde ihr Drängen auf gegenseitige Transparenz jetzt verstärken, weil solche Offenlegung für eine ehrliche Sicherung des Friedens von maßgebender Bedeutung ist. Dagegen würde die Bereitschaft zu einseitiger Offenlegung die Chance gegenseitiger Offenlegung zunichte machen. Nach aller Erfahrung seien nur Grundsätze des Gleichgewichtes und der Gegenseitigkeit eine sichere Garantie für Fortschritte im Bereich der Vertrauensbildung und Abrüstung.

## Nach Bundestagswahl Arbeitsplatz sicher

Der Ende Januar 1983 vor dem in Konstanz tagenden Arbeitsgericht Radolfzell geschlossene Vergleich zwischen dem Geschäftsführer eines Konstanzer Montagebetriebes und seinem ehemaligen türkischen Mitarbeiter wird erfüllt, nachdem das Ergebnis der Bundestagswahl die Voraussetzung dazu geschaffen hat. Wie berichtet, hatte der Geschäftsführer des Betriebes seinem langjährigen Mitarbeiter wegen Konjunktur- und Auftragsflaute zum 31. Dezember 1982 gekündigt. Der Türke widersprach der Kündigung und rief das Arbeitsgericht an. In der Kammervorhandlung Ende Januar 1983 machte der Geschäftsführer das Vergleichsangebot, den Mitarbeiter zum 1. April wieder einzustellen unter den Voraussetzungen, daß der Türke bis dahin den Führerschein Klasse 3 vorweisen kann und nach dem 6. März die bisherige Koalition oder die CDU/CSU allein die Regierung stellt. Damit der ehemalige Mitarbeiter, Vater von 4 Kindern und seit 13 Jahren in dem Unternehmen beschäftigt, den Führerschein machen konnte, zahlte ihm der Geschäftsführer 1000 Mark aus. Auf diesen Vergleichsvorschlag war der Türke eingegangen.

## ANALYSE

# Ein herausragender Wahlerfolg für die Union

## Die Ausgangslage

Die politische Landschaft vor der Bundestagswahl 1983 unterschied sich in wesentlichen Punkten von der Vorwahlsituation im Jahr 1980.

Im Jahr 1980

- ging die Union aus der Opposition heraus in den Wahlkampf;
- wurde die wirtschaftliche Lage von den Bürgern noch als erträglich angesehen;
- stand die damalige SPD/FDP-Regierung noch in hohem Ansehen;
- lief die Siegeserwartung eindeutig in Richtung SPD/FDP.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1983

- verzeichnete die Union ein stabiles politisches Hoch;

- konnte die Union als Regierung den Wahlkampf bestreiten und einen Kanzler präsentieren, der hohes Vertrauen und Ansehen in der Bevölkerung genöß;
- wurde die wirtschaftliche Lage als besorgniserregend empfunden; gleichzeitig die Fähigkeit der Union, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, als überragend angesehen;
- gelang es, die entscheidenden Themen offensiv zu vertreten;
- stieg die Siegeserwartung zugunsten der Union ständig an;
- waren sich die Anhänger der Union ihrer Wahlabsicht sicher, die FDP- und SPD-Anhänger ihrer Wahlabsicht aber in hohem Maße unsicher.

**Bundeskanzler Helmut Kohl hat neben den Sachauseinandersetzungen,**

## Das Wahlergebnis auf einen Blick:

**Bundestagswahlen 1983 und 1980 im Vergleich**

	Vorl. Endergebnis 1983 (Zweitstimme)		Endergebnis 1980 (Zweitstimme)		Differenz BTW 1983 — BTW 1980
	absolut	%	absolut	%	%
Wahlberechtigte	44 068 741	—	43 231 741	72,5	—
Wähler	39 279 816	89,1	38 292 176	88,6	+ 0,5
Gültige Stimmen	38 937 573	—	37 938 981	—	—
CDU/CSU	18 997 186	48,8	16 897 659	44,5	+ 4,3
SPD	14 866 210	38,2	16 260 677	42,9	- 4,7
FDP	2 705 798	6,9	4 030 999	10,6	- 3,7
Grüne	2 164 988	5,6	569 589	1,5	+ 4,1
Sonstige	203 391	0,5	180 057	0,5	± 0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

**die diesen Wahlkampf beherrscht haben, vor allem auch als Person diesen Wahlkampf getragen und zum Erfolg geführt.**

Bundeskanzler Helmut Kohl konnte die Kandidatenauseinandersetzung deutlich für sich entscheiden. Dies hat wesentlich zum guten Ergebnis der Union beigetragen: Lagen im Januar 1983 die beiden Kontrahenten in der Wählergunst noch nahe beieinander, so konnte Helmut Kohl mit zunehmender Nähe des Wahltermins seine Position spürbar verbessern und den Vorsprung gegenüber Vogel auf 13 Prozentpunkte ausbauen.

**Der Erfolg**

Die CDU/CSU hat am 6. März 1983 einen — in vielerlei Hinsicht — herausragenden Wahlerfolg errungen:

— 48,8% für die Union, das ist das beste Wahlergebnis, das eine politische Kraft seit 1957 in Deutschland erreicht hat.

● Noch nie ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine politische Kraft von so viel Wählern gewählt worden wie die Union 1983 (ca. 19 Mio. Wähler haben in ihrer Zweitstimme CDU/CSU gewählt).

● Der Abstand der CDU/CSU vor der SPD beträgt 10,6%. Das ist der größte Abstand bei einer Bundestagswahl seit 1957.

● Das Ergebnis vom 6. März liegt um 2% über dem Durchschnitt aller Bundestagswahlergebnisse.

● Die CDU/CSU errang 52,1% aller Erststimmen. Ohne Splitting zugunsten der FDP wäre unser Erfolg noch deutlicher ausgefallen.

● In neun von elf Bundesländern ist die CDU/CSU stärkste Partei.

**Vergleich: Erst- und Zweitstimmenergebnisse**

	Erststimme		Zweitstimme	
	%	Diff.: B 83 — B 80	%	Diff.: B 83 — B 80
CDU/CSU	52,1	+ 6,1	48,8	+ 4,3
SPD	40,4	- 4,1	38,2	- 4,7
FDP	2,8	- 4,4	6,9	- 3,7
Grüne und Sonstige	4,6	+ 2,3	6,1	+ 4,1

Die Regierungsmehrheit ist mit 55,7% (62 Mandate) die größte seit 1969 (48,5%).

**Sitzverteilung im Deutschen Bundestag**

(ohne vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Bundestagsabgeordnete)

	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
CDU/CSU	139	243	270	242	245	242	225	243	226	244
SPD	131	151	169	190	202	224	230	214	218	193
FDP	52	48	41	67	49	30	41	39	53	34
Sonstige	80	45	17	—	—	—	—	—	—	27
Summe	402	487	497	499	496	496	496	496	497	498

● Die SPD verlor 1,6 Millionen Wähler an die Union: größte Wählerverschiebung seit 15 Jahren.

1980 hatte die SPD 127, die Union 121 Wahlkreise direkt erobert. Das Verhältnis lautet heute 68 zu 180. Das heißt: Nicht weniger als 59 Wahlkreise sind von der SPD zur CDU/CSU gewandert. Sie entfallen auf Schleswig-Holstein (9), Niedersachsen (13), Nordrhein-Westfalen (12), Hessen (14), Baden-Württemberg (5), Bayern (4) sowie je einer auf Rheinland-Pfalz und das Saarland.

## Die Analyse

**Die Union hat in allen Schichten unseres Volkes gewonnen. Der Wähler hat sie auf eindrucksvolle Weise als einzige deutsche Volkspartei bestätigt. Links von der Union gibt es keine („linke“ oder „neue“) Mehrheit, von der Willy Brandt früher sprach. Zum ersten Mal läßt sich das „linke Potential“ klar umreißen: 43,7% — gegenüber 55,7%.**

Auf fünf Aspekte soll hingewiesen werden: den sozialstrukturellen, den regionalen, den konfessionellen sowie auf Geschlecht und Alter.

### 1. Einbruch der CDU in traditionelle Wählerschichten der SPD

Die CDU/CSU wurde von 48% Arbeitnehmern gewählt. In NRW ist die CDU mit 45,2% zum ersten Mal seit 1965 stärker als die SPD (42,8%). Die CDU hat in diesem arbeiterstarken Bundesland mit +4,6% überdurchschnittlich hinzugewonnen.

Aus der Aggregatdatenanalyse ergibt sich:

Die SPD hat am stärksten in Gebieten mit hohem Arbeiteranteil verloren (-6,1%). Die CDU hat dort überdurchschnittlich gewonnen. Das zeigen ausgewählte Einzelergebnisse:

### CDU-Gewinne

	(Erststimmen)	(Zweitstimmen)
Mülheim	+ 6,1	+ 5,1
Duisburg II	+ 5,4	+ 5,2
Essen I	+ 5,8	+ 5,5
Recklinghausen II	+ 5,5	+ 4,9
Dortmund II	+ 5,7	+ 4,9
Ludwigshafen	+ 7,9	+ 5,4
Bundesdurchschnitt insgesamt	+ 6,1	+ 4,3

**Infas:** „... in Industriegebieten mit hohem Arbeiteranteil hat sich besonders viel bewegt. Hier war der Zulauf auch von sozialdemokratischen Stammwählern zur CDU ... stärker als anderswo.“

Aus Umfragen wissen wir: Es sind vor allem Facharbeiter, die Union gewählt haben; hier liegt die Union klar vor der SPD (52 zu 42).

**Die Arbeiter haben uns gewählt, weil sie in der Arbeitslosigkeit das soziale Problem sehen und weil sie uns den wirtschaftlichen Aufschwung zutrauen.**

### 2. Das traditionelle Nord-Süd-Gefälle ist eingeebnet

Im Norden der Bundesrepublik, dort, wo bei der Bundestagswahl 1980 die höchsten Verluste auf Bundesebene hinzunehmen waren, wurden diesmal die höchsten Zuwachsraten bei den Zweitstimmen realisiert.

Angeführt wird die Liste der Länder mit überdurchschnittlichen Unionsgewinnen von Schleswig-Holstein (+7,6 Prozentpunkte) und Hamburg (+6,4 Prozentpunkte).

Die niedrigsten Zuwachsraten wurden in Bayern (+1,9 Prozentpunkte) und im Saarland (+2,5 Prozentpunkte) erzielt.

Durch dieses ausgeprägte „Nord-Süd-Gefälle“ der Zuwachsraten der CDU bzw.

CSU wurde die Spannweite der Wahlergebnisse, die 1980 noch bei rund 29 Prozentpunkten lag, auf ca. 25 Punkte abgeflacht.

	CDU/CSU (Zweitstimmen) B83—B80
Schleswig-Holstein	+7,6
Hamburg	+6,4
Niedersachsen	+5,8
Bremen	+5,4
Nordrhein-Westfalen	+4,6
Hessen	+3,7
Rheinland-Pfalz	+4,0
Baden-Württemberg	+4,1
Bayern	+1,9
Saarland	+2,5

Sie SPD verlor in allen Bundesländern Stimmen, am stärksten in Baden-Württemberg (−6,1 Prozentpunkte), am wenigsten in Bremen und Bayern (−3,8 Prozentpunkte). Durch ihre Verluste geriet sie in drei Bundesländern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern, unter die 40%-Marke.

### 3. Die stärksten Gewinne erzielte die Union in Gebieten mit einem Anteil an evangelischen Wählern (+6,2%)

Dies gilt für Stadt und Land. Das belegt z.B. das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein mit +7,6%. Dort sind 86,4% der Bevölkerung evangelisch (Bundesdurchschnitt 49,0%).

Dem stehen entsprechende Verluste der SPD gegenüber. So stellt Infas fest: „Die Einebnung der SPD-Traditionsgebiete ist vor allem in den stark evangelischen Wahlkreisen zu konstatieren. Hier liegt die SPD jetzt nur noch ein Prozent vor der CDU; die CDU hat hier seit 1980 um 6,0 Punkte zugenommen, die SPD um 5,0, die FDP um 5,3 Punkte abgenommen.“

### 4. Die Union hat eine Mehrheit bei den Frauen errungen

Frauen haben — anders als 1980 — wieder stärker CDU/CSU gewählt (CDU/CSU 50%; SPD 39%) (SFK). Wir haben auch hier eine Entwicklung rückgängig gemacht, die mit der Brandt-Wahl 1972 eingesetzt hat.

### 5. Auch bei den Erstwählern (18—20 Jahre) ist die Union mit 46% stärker als die SPD (41%)

## Ergebnisse in ausgewählten Wahlkreisen

Die CDU/CSU gewann in 243 der 248 Wahlkreise zwischen 0,1 und 8,3 Prozentpunkte hinzu. In den restlichen 5 Wahlkreisen verlor sie knapp zwischen 0,2 und einem halben Prozentpunkt.

Die stärksten Gewinne der Union lagen in den Wahlkreisen:

7 Pinneberg	+8,3 Punkte
8 Segeberg-Stormarn-Nord	+8,3 Punkte
11 Lübeck	+7,9 Punkte
4 Rendsburg-Eckernförde	+7,9 Punkte
17 Hamburg-Bergedorf	+7,8 Punkte
45 Braunschweig	+7,7 Punkte
44 Salzgitter-Wolfenbüttel	+7,6 Punkte
9 Ostholstein	+7,6 Punkte

Am geringsten waren die Gewinne der CDU/CSU in:

209 Rosenheim	+0,1 Punkte
214 Landshut	+0,1 Punkte
219 Regensburg	+0,4 Punkte

In folgenden 5 Wahlkreisen waren geringe Verluste gegeben:

220 Schwandorf	−0,5 Punkte
211 Traunstein	−0,5 Punkte
210 Starnberg	−0,3 Punkte
203 München-Mitte	−0,2 Punkte
216 Rottal-Inn	−0,2 Punkte



Die **SPD** verlor in allen 248 Bundestagswahlkreisen. Ihre Verluste bewegten sich zwischen 7,8 und 1,4 Prozentpunkten.

Die stärksten Verluste der SPD gab es in:

190 Schwarzwald-Baar	-7,8 Punkte
176 Karlsruhe-Land	-7,8 Punkte
186 Lörrach-Müllheim	-7,3 Punkte
188 Offenburg	-7,1 Punkte

Geringer waren dagegen die SPD-Verluste ausgefallen in:

206 München-Süd	-1,4 Punkte
208 München-Land	-1,5 Punkte
207 München-West	-1,9 Punkte
60 Köln II	-2,0 Punkte
204 München-Nord	-2,1 Punkte
70 Wuppertal II	-2,1 Punkte
63 Bonn	-2,2 Punkte

Die **FDP** verlor in 241 der 248 Bundestagswahlkreise zwischen 9,2 und 0,1 Prozentpunkten. In 7 Wahlkreisen konnte sie leicht gewinnen.

Die stärksten FDP-Verluste waren festzustellen in:

51 Bremen-West	-9,2 Punkte
50 Bremen-Ost	-9,2 Punkte
16 Hamburg-Wandsbeck	-8,7 Punkte
14 Hamburg-Eimsbüttel	-8,4 Punkte
17 Hamburg-Bergedorf	-8,4 Punkte

Am geringsten waren die Verluste der FDP in:

234 Bad Kissingen	-0,1 Punkte
221 Weiden	-0,2 Punkte
218 Amberg	-0,2 Punkte

In den folgenden Wahlkreisen konnte die FDP dagegen geringe Gewinne erzielen:

240 Donau-Ries	+0,5 Punkte
217 Straubing	+0,4 Punkte
213 Deggendorf	+0,3 Punkte
216 Rottal-Inn	+0,3 Punkte
215 Passau	+0,2 Punkte
214 Landshut	+0,2 Punkte
220 Schwandorf	+0,1 Punkte

Die **Grünen** konnten in allen 248 Bundestagswahlkreisen Gewinne realisieren. Ihre

Gewinne lagen zwischen 8,9 und 1,8 Prozentpunkten.

Ihre stärksten Gewinne waren festzustellen in:

185 Freiburg	+8,9 Punkte
203 München-Mitte	+8,4 Punkte
50 Bremen-Ost	+8,2 Punkte
14 Hamburg-Eimsbüttel	+7,7 Punkte
99 Münster	+7,4 Punkte
194 Tübingen	+7,2 Punkte
139 Frankfurt/M. II	+7,1 Punkte
140 Frankfurt/M. III	+7,1 Punkte

Die schwächsten Gewinne der Grünen waren gegeben in:

217 Straubing	+1,8 Punkte
226 Kulmbach	+1,9 Punkte
224 Coburg	+1,9 Punkte
213 Deggendorf	+1,9 Punkte
216 Rottal-Inn	+2,0 Punkte

## Das Meinungsklima in der Bundesrepublik

Das Wahlergebnis vom 6. März 1983 bedeutet den Endpunkt einer politischen Entwicklung, die sich seit der Bundestagswahl 1980 über den Regierungswechsel im Oktober 1982 mit demoskopischen Indikatoren verfolgen läßt.

Nach der Bundestagswahl 1980 verschlechterten sich die Zukunftserwartungen der Bundesbürger bis in den Herbst 1982 drastisch: Die Rate der Optimisten sank in diesem Zeitraum von 37% auf 19%.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn kam es dann zu einem sprunghaften positiven Klimaaufschwung, der sich in der Wahlkampfperiode stabilisierte und tendenziell weiter fortsetzte.

Eine wesentliche Ursache für das rapide Abgleiten der Zukunftsaussichten der Deutschen war die von fast allen Bürgern geortete wirtschaftliche Talfahrt, die kurz nach der Bundestagswahl 1980 einsetzte

und bis in die Januartage des Jahres 1983 anhielt.

Obwohl nach diesen Daten die Einschätzung der aktuellen ökonomischen Situation nach dem Regierungswechsel keinen besonderen Veränderungen unterworfen war — was für den Realitätssinn der Bürger spricht — lassen sich die Veränderungen der ökonomischen Zukunftsperspektive nach dem 1. Oktober 1982 deutlich aufzeigen: Die Erwartung, es gehe demnächst mit der Wirtschaft aufwärts, nahm kontinuierlich zu. Die allgemeine Stimmung wurde vom CDU-Wahlkampf in der Endphase voll getroffen.

Basierend auf einer seit 1981 deutlich gestiegenen Angst vor Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit wuchs in der Bevölkerung diese Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung.

**Mit der neuen Regierung verband sich bei einer klaren Mehrheit der Bevölkerung (54 %) die Hoffnung auf eine ökonomische Verbesserung. Dies wurde nicht nur kurzfristig gesehen: 65 % der Deutschen waren Anfang 1983 der Ansicht, „die neue Regierung werde Jahre brauchen, um mit den Fehlern der SPD/FDP-Regierung fertigzuwerden“.**

Einstellungen der Bundesbürger	Bevölkerung insgesamt (Zustimmung)	
	Nov./Dez. 1982 %	Januar 1983 %
Die neue Regierung muß auch von den Arbeitnehmern Opfer verlangen, damit es den Arbeitnehmern später besser geht	77	76
Die neue Regierung wird Jahre brauchen, um mit den Fehlern der SPD/FDP-Regierung fertig zu werden	66	65
Unter der jetzigen CDU/CSU-FDP-Regierung wird es mit unserer Wirtschaft wieder aufwärts gehen	56	54

Daß zur Lösung der wirtschaftspolitischen Probleme und zur Sicherung des Wohlstandes von morgen auch Arbeitnehmern Opfer von der neuen Regierung abverlangt werden müssen, sah mehr als drei Viertel der Bürger ein. Diese allgemeine, abstrakte Einsicht fand in allen Bevölkerungsgruppen eine ausreichende Mehrheit. Allerdings ist zu vermuten, daß diese Einsicht eng an das Verlangen nach sozialer Ausgewogenheit der entsprechenden Maßnahmen gekoppelt ist. Immerhin die Hälfte der Bürger beurteilte die Sparvorschläge der neuen Regierung unter diesem Aspekt positiv.

### Politische Prioritäten und Kompetenzen der Parteien

Nach Ansicht der Bundesbürger waren die wichtigsten Themen im Wahlkampf:

- Arbeitsplätze 93%
- Friedenssicherung 77%
- Staatsverschuldung 72%
- Preisstabilität 71%
- Umweltschutz 68%

Dabei waren enorme Prioritätszuwächse im Vergleich zu 1980 bei den Fragen der Arbeitsplätze und der Friedenssicherung festzustellen. Das alles dominierende The-

ma im Wahlkampf war ohne Zweifel die Arbeitslosigkeit. Der SPD ist es aber nicht gelungen, diesen Themenkreis aus dem wirtschaftspolitischen Umfeld herauszulösen und zu einer sozialpolitischen Frage

zu machen. Vielmehr konnte die CDU/CSU auch in diesem Problemfeld ihre weitaus größere wirtschaftliche Lösungskompetenz ausspielen und durch ihren Wahlkampf Vertrauen gewinnen.

### Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit von CDU/CSU und SPD

	Sehr großes bzw. großes Vertrauen		
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU % SPD
	Jan. 1983 %	Jan. 1983 %	Jan. 1983 %
Förderung der Investitionskraft	64	26	+38
Beschränkung der Zahl der Gastarbeiter	58	18	+40
Sparmaßnahmen	61	21	+40
Verbesserung der Wirtschaftslage	56	31	+25
Schutz vor Verbrechen	57	37	+20
Militärische Sicherheit	61	40	+21
Verringerung staatlicher Ausgaben	56	22	+34
Energiesicherung	62	47	+15
Preisstabilität	48	30	+18
Arbeitsplatzsicherung	56	43	+13

## 102 neue Abgeordnete

Unter den 520 Abgeordneten des 10. Deutschen Bundestages — einschließlich Berlin — befinden sich 102 Abgeordnete, die bei der Auflösung des 9. Bundestages nicht Mitglieder des Parlaments waren. Davon gehören 41 Abgeordnete zur CDU/CSU, 28 zur SPD, 27 zu den Grünen, fünf zur FDP und ein Abgeordneter zur Alternativen Liste (Berlin).

Von diesen 102 Abgeordneten haben elf schon früher einem Bundestag angehört. Es sind sechs Abgeordnete der SPD, vier Abgeordnete der CDU/CSU und ein Abgeordneter der FDP. Im 10. Deutschen Bundestag sind Abgeordnete aus sechs Parteien vertreten. Es sind die CDU, die CSU, die SPD, die FDP, die Grünen und die Alternative Liste aus Berlin. Nicht wieder kandidiert zum 10. Bundestag haben 51 Abgeordnete des 9. Bundestages. Davon gehörten 23 zur SPD, 17 zur CDU/CSU und sieben zur FDP, während vier

fraktionslos waren. Nicht wiedergewählt von den Bewerbern zum 10. Bundestag wurden 50 Parlamentarier des 9. Bundestages. Davon kommen 28 von der SPD, 16 von der FDP und sechs von der CDU/CSU. Zugelassen zur Wahl waren 13 Parteien. In neun Wahlkreisen kandidierten außerdem Einzelbewerber.

Im 10. Deutschen Bundestag werden 51 Frauen vertreten sein, dabei zwei Abgeordnete aus Berlin. In den 9. Bundestag 1980 waren 44 Frauen gewählt worden. Im neuen Parlament stellt die SPD 21 Frauen, davon eine Berliner Abgeordnete, bei einer Gesamtfraktionsstärke von 202 Abgeordneten einschließlich neun Abgeordneten aus Berlin. Für die CDU/CSU ziehen 17 Frauen, davon eine aus Berlin, in den Bundestag ein bei einer Gesamtstärke von 255 Abgeordneten, davon elf aus Berlin. Die Grünen haben bei 27 Abgeordneten zehn Frauen, während es bei der FDP drei Frauen bei 35 Abgeordneten, davon ein Berliner, sind.

## ■ RHEINLAND-PFALZ

### SPD verlor auch in den Hochburgen Wählerstimmen

Als sich die Pendel der Hochrechner am Wahlabend stabilisierten, konnten die Anhänger der Union in Mainz gleich zwei Sieger feiern: „ihren“ Bundeskanzler Helmut Kohl und ihr „Zugpferd“ Bernhard Vogel. Hatte die CDU doch nicht nur ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl um 4 Prozent auf 49,9 Prozent gesteigert, sondern auch im Land die absolute Mehrheit noch um weitere 1,8 Prozent auf 51,9 Prozent ausgebaut — und das bei einer Rekordwahlbeteiligung von 90,8 Prozent; der höchsten, die je bei einer Landtagswahl im Bereich der Bundesrepublik erreicht worden war.

Den in dieser Höhe nur von unentwegten Optimisten erwarteten Erfolg hat die rheinland-pfälzische CDU ihrem Spitzenmann Bernhard Vogel zu verdanken, der ohne Schützenhilfe durch eine Mannschaft in die Wahlschlacht gezogen war. Der alte und neue Ministerpräsident darf dieses Ergebnis als Frucht einer zielstrebig und entschlossenen CDU-Politik mit Augenmaß verbuchen, die Rheinland-Pfalz zu einem der stabilsten Länder der Bundesrepublik gemacht hat mit weniger Arbeitslosen und Konkursen, höherer Produktivität als in den meisten anderen Bundesländern. Seine Warnung, diese Stabilität nicht durch „hessische Verhältnisse“ aufs Spiel zu setzen, blieb bei den Wählern nicht ohne Wirkung, ebenso sein Appell, die Herausforderungen der Zukunft tatkräftig anzugehen, statt ängstlich vor ihnen zu kapitulieren.

Das zeigen vor allem zwei deutliche

Trends dieser Wahlen: Es gelang der CDU, selbst in ihren Hochburgen noch zulegen und gleichzeitig der SPD in ihren klassischen Arbeiterdomänen kräftig Stimmen abzugeben. So konnte die Union in Gebieten mit einem Arbeitnehmeranteil unter 38 Prozent „nur“ 3,2 Prozent zulegen, bei SPD-Verlusten von 3,9 Prozent; in städtisch-industrialisierten Regionen mit über 55 Prozent Arbeiteranteil an der Wählerschaft jedoch verbuchte sie ein Plus von 4,6 Prozent, die SPD ein Minus von 4,8 Prozent.

Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten blieben mit 39,6 Prozent deutlich unter ihrem Ergebnis von 42,3 Prozent bei der letzten Landtagswahl; die Grünen mit 4,5 Prozent unter der 5-Prozent-Hürde.

Auch die FDP — bei der Landtagswahl ohne den Zweitstimmeneffekt auf ihr Stammwählerpotential verwiesen — schaffte mit 3,5 Prozent erstmals in der Geschichte des Landes nicht den Einzug ins Parlament. Das entbehrt nicht einer gewissen Tragik; fühlen sich doch die Liberalen jetzt als Opfer jener Bonner Wende, die sie selber vor eineinhalb Jahren in Mainz einzuleiten durch Bonner Ukas gehindert worden waren. Das trifft sie um so härter, als sie über 20 Jahre ein fairer Koalitionspartner der rheinland-pfälzischen CDU waren und auch durch einen sachlich-konstruktiven Oppositionspakt im Mainzer Landtag dafür gesorgt hatten, daß die partnerschaftlichen Beziehungen zur CDU nicht abrisen.

Mag diese erste Doppelwahl in der Geschichte der Bundesrepublik den Analytikern auch noch manch aufschlußreiche Einsichten offenbaren — eines macht auch ein erster Blick auf die Ergebnisse schon jetzt deutlich: die Rheinland-Pfälzer haben — entgegen manchen Mutmaßungen oder Befürchtungen — sich als mündige Wähler erwiesen, indem sie in Bonn und in Mainz der Partei die Mehrheit gegeben haben, die nichts anderes als Opfer verlangte, gegen eine SPD, die allen Gruppen alles versprach.

SPD

## Nach der Wahlschlappe brachen die alten Richtungskämpfe wieder aus

**Noch ist der Wahlkater der SPD nicht verraucht, da beginnt in der deutschen Sozialdemokratie bereits der offene Richtungskampf. Die drei, untereinander bitter verfeindeten SPD-Fraktionen — der traditionalistische Gewerkschaftsflügel, die linken Marxisten und die rotgrünen Öko-Sozialisten — sind zur Schlacht um das Erbe von Brandt, Schmidt und Wehner angetreten.**

Die Schlachtordnung entspricht dem Muster des Münchner Parteitagessozialisten sind eine Koalition gegen den Gewerkschaftsflügel eingegangen. Wie vor gut einem Jahr in München, als sie den Sturz Helmut Schmidts einleiteten, hoffen sie auch jetzt in einer gemeinsamen Anstrengung der Gesamt-SPD ihren Willen aufzwingen zu können, stellt Wolter von Tiesenhausen, Sprecher der CDU in Bonn, fest.

Einer der ersten Angriffe wurde vom amtlichen SPD-Organ „Vorwärts“ vorgetragen. Chefredakteur Gerhard Hirschfeld machte an herausragender Stelle seinen Lesern klar, daß nicht Jochen Vogel, sondern Altbundeskanzler Helmut Schmidt der eigentliche Verlierer der Bundestagswahl ist. Seine Argumentation: Schmidt habe es bei Umfragen im August auf ganze 28 Prozentpunkte gebracht, Vogel sei es dagegen gelungen, 38,2 Prozent der Wähler für die SPD zu gewinnen. Der logische Schluß: Vogel ist zehn Prozent besser als Schmidt.

Die Ursache dafür ist nach Meinung des vom linken Chefideologen Egon Bahr herausgegebenen „Vorwärts“ ein „qualitativer Sprung“. Denn bereits unter Schmidt habe sich „der Druck konservativer Politik zusehends verstärkt“ und sich so neben der „Reformkomponente“ ein „konservatives Politikverständnis“ breitgemacht. Dadurch sei schon in den letzten Jahren der sozial-liberalen Koalition „der Weg in die Politik des Konservatismus gebahnt“ worden. Im Klartext heißt das: Helmut Schmidt ist schuld am Niedergang der SPD, er trägt die Verantwortung für die Wahlschlappe, er hat wichtige sozialdemokratische Positionen geopfert und dadurch den Wahlsieg der CDU ermöglicht.

Die Abwehrversuche des Gewerkschaftsflügels wirken dagegen etwas lendenlahm. Unterderhand hält man Parteichef Willy Brandt vor, den Linken und Grünen zu weit entgegengekommen zu sein und dadurch den Rückhalt bei den traditionellen SPD-Wählern aus der Arbeiterschaft verloren zu haben. Doch die Schlacht hat erst begonnen. Sie wird nach allen Erfahrungen mit innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD lange dauern. Und sie wird bei allen Flügeln Blessuren hinterlassen.

Brandt wird in den Reihen der SPD-Rechten vorgehalten, daß er ungeachtet der Warnungen, die etwa der Berliner Politologe Richard Löwenthal im vergangenen Jahr ausgesprochen hatte, keine klare Trennung zu den Grünen vollzogen, sondern am Kurs des Aufsaugens festgehal-

ten habe. Damit sei er der „Vater der Niederlage“ geworden, denn es sei genau das eingetreten, was Löwenthal vorausgesagt habe: Die entscheidenden Verluste habe die SPD bei ihren Stammwählern, den Arbeitern, erlitten.

Bereits nach ihren ersten Treffen nach der Bundestagswahl wurde diese Kritik am Parteivorsitzenden, untermauert mit dem eher hämischen Hinweis auf Brandts Alter — er wird in diesem Jahr 70 — und Gesundheit — er hatte Ende 1978 einen Herzinfarkt —, von SPD-Kanalarbeitern auch in die Öffentlichkeit getragen. Nicht von ungefähr richtete Vogel schon in der ersten Fraktionssitzung an die, „die sich häufiger sehen“ — gemeint waren die Kanalarbeiter —, die Mahnung, sich doch künftig besser zu überlegen, was sie an parteiinternen Streitigkeiten öffentlich machen.

Die Kritik an Parteigeschäftsführer Glotz richtet sich gegen die Wahlkampfleitung. In Vorstandskreisen wird ihm vorgehalten, er habe den Wahlkampf wohl vorwiegend vom Autotelefon aus geführt, sei häufig zu Strategiesitzungen nicht erschienen, habe sich mehr um seinen Wahlkreis in München — den er an die CSU verlor — gekümmert als um die zentrale Wahlkampfarbeit.

Vogels Vorgänger Herbert Wehner sagte dem „Spiegel“ bereits in der Wahlnacht, er hätte den Wahlkampf so nicht geführt, warnte vor der Gefahr, die SPD könne auseinanderfallen, und sagte, über den Parteivorsitz „wird man noch reden müssen“. Doch während die Position Brandts gerade in der gegenwärtigen Situation als unumstritten gilt, werden für Glotz bereits Nachfolger gehandelt.

Einige meinen, es wäre besser, ihn durch den Spitzenkandidaten der baden-württembergischen SPD, Hauff, zu ersetzen. In der SPD-Fraktion haben sich die „Kanalarbeiter“ wieder gesammelt, ihr künftiges „Oberhaupt“, das über diesen Kreis hin-

aus Bündnisse schließen soll, wird der frühere Verteidigungsminister Hans Apel sein. Annemarie Renger und Egon Franke dürfen eher den gefühlsmäßig-traditionellen Zusammenhalt pflegen.

Eine ehrliche Durchleuchtung des Wahlergebnisses vom 6. März und seiner politischen Grundlagen hat der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Rohde verlangt. In einem Brief an die Mitglieder des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) meinte Rohde, es dürfe nicht um kleinliche Manöverkritik gehen, vielmehr bedürfe es einer ernsten Diskussion der Frage, was der Anspruch zu bedeuten habe, daß die Sozialdemokratie Volkspartei sein und bleiben müsse. Dabei gehe es nicht nur um das Programm der Partei, sondern zugleich auch um die Praxis einer demokratischen Sozialstaatlichkeit und um ihr Erscheinungsbild. Das aber heißt: „Bewegung und Aufbau von unten nach oben, Stärkung der Partei draußen im Land und nicht Bürokratisierung zentraler Apparate.“

Rohde, der auch Vorsitzender der AfA ist, meinte, bei der Diskussion der Einzelheiten des Wahlkampfes der SPD sei die entscheidende Frage, ob insbesondere der innenpolitische Teil so angelegt und konzipiert gewesen sei, „daß damit unseren eigenen Anhängern in den Arbeiterrevieren dieses Landes der Rücken gegen die massiven Angriffe von allen Seiten gestärkt worden ist“. Wahlkämpfe gewinnen in solchen Zeiten „nicht mit Kommunikationsfaxen“, sondern mit praktischer und überzeugender Kompetenz in den Augen der Bevölkerung. Widerstandskraft gegen die politischen Kampagnen der Gegner sei „in den schweren Wahlkampfwochen nicht gerade von bedrucktem Bonner Glanzpapier ausgegangen“.

GRÜNE

## Aushöhlung der Demokratie durch Geheimnisverrat?

Als „alarmierend“ bezeichnete der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Werner Marx (CDU), die Ankündigung der Grünen, möglicherweise geheimhaltungsbedürftige Informationen aus der Ausschubarbeit des Bundestages in die Öffentlichkeit zu bringen.

Marx erklärte, es sei nicht möglich, daß der einzelne Abgeordnete entscheide, was wirklich geheimhaltungsbedürftig ist. Die Grünen hätten zwar das Recht, in Ausschüsse einzurücken, zugleich aber auch die Pflicht, sich an die innere Ordnung des Parlaments zu halten. Die demokratische Ordnung dürfe nicht dadurch gestört werden, daß man auf diese Art beginne, das Parlament auszuhöhlen.

Bundestagspräsident Richard Stücklen wies darauf hin, daß kein Abgeordneter den „geschlossenen Ausschüssen“ des Parlaments angehören und Zugang zu geheimen Papieren bekommen könne, wenn er nicht die Geheimhaltungsbestimmungen anerkenne. Mit Ermächtigung des Bundestagspräsidenten können Abgeordnete nach den Paragraphen 353b und 353c des Strafgesetzbuchs verfolgt werden, wenn sie „Gegenstände oder Nachrichten“ weitergeben, die das Gesetzgebungsorgan Bundestag zur Verschlußsache erklärt hat.

Die „Süddeutsche Zeitung“ meinte dazu: Angesichts dieses Sachverhalts ist es durchaus möglich, daß nicht mehr Durchsichtigkeit der Parlamentsarbeit entsteht (wie die Grünen fordern), sondern weniger. Denn die anderen Parteien könnten

verabreden, viele Papiere kurzerhand als geheim einzustufen; sie könnten tatsächlich oder vermeintlich sensible Dinge in kleinerem Kreise untereinander besprechen und die Parlamentsneulinge vor vollendete Tatsachen stellen. „Dann würde im Verteidigungsausschuß eben nur noch über Pullover und Socken geredet“, lautet ein Unkenruf, der in Bonn kursiert.

Um in der Geheimschutzstelle des Bundestages Einsichten in Verschlußsachen zu erhalten, müssen sich die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter einer Sicherheitsprüfung unterziehen. Da manche der Grünen aus kommunistischen Gruppen zugewandert sind, steht der Geheimhaltungsbeauftragte des Bundestags vor heiklen Fragen. Den ehemaligen SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik wurde es in der letzten Legislaturperiode verwehrt, Akten einer hohen NATO-Geheimhaltungsstufe einzusehen, weil sie sich der erforderlichen zusätzlichen Sicherheitsprüfung nicht unterziehen wollten.

Es geht aber nicht nur um die Besetzung dieser Ausschüsse, sondern auch um die Vertretung der Grünen in der parlamentarischen Kontrollkommission für die Nachrichtendienste und in anderen besonders sicherheitsrelevanten Gremien.

Die Mitgliederzahl dieser Ausschüsse ist begrenzt. Die Fraktionen sind aufgrund ihrer Stärke darin vertreten. Wenn die Grünen aufgrund ihrer Abgeordnetenzahl einen Anspruch auf einen Sitz haben, dann muß geklärt werden, ob die Voraussetzungen gegeben sind, in einem solchen Gremium tätig werden zu können. Das muß von Fall zu Fall entschieden werden.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## Schlagzeilen

Barschel bleibt Ministerpräsident  
in Kiel **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Absolute Mehrheit der CDU  
**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Barschel holt die absolute Mehrheit  
**Die Welt**

Aus für FDP und Grüne **Die Welt**

Wahl in Schleswig-Holstein:  
CDU siegt **Bild-Zeitung**

CDU macht das Rennen  
in Schleswig-Holstein  
**Kölnische Rundschau**

Jetzt nur noch CDU und SPD  
im Kieler Landtag **Kölnischer Stadt-Anzeiger**

Sieg für die CDU —  
FDP und Grüne gescheitert  
**Abendpost-Nachtausgabe**

CDU-Triumph **Express**

CDU behauptet sich in Kiel  
**Süddeutsche Zeitung**

CDU setzt im Norden ihren  
Siegesszug fort **General-Anzeiger, Bonn**

Kohl sieht großartigen Sieg  
**Stuttgarter Nachrichten**

Der jüngste Ministerpräsident setzt  
die Erfolgsserie Stoltenbergs fort  
**Die Welt**

Freude der CDU: Nordisch kühl  
**Kölnische Rundschau**

Für Ronneburgers FDP droht nun  
die „Wende“ **Kölnische Rundschau**

Klar Schiff in Kiel **Kölnische Rundschau**

Barschels Sieg  
**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Nur noch CDU? **Stuttgarter Zeitung**

Wähler bleibt konsequent  
**Frankfurter Neue Presse**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152.  
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UfD